



Wenn Rainer Palm vom Deich aus in die weite Landschaft blickt, sieht er alles, was die Nordseeküste ausmacht: Schafe grasen hier vor reetgedeckten Bauernhäusern, der Wind bläst über die sattgrünen Wiesen, und nicht weit entfernt steht der rot-weiße Leuchtturm in Westerhever, bekannt aus einer TV-Werbung für friesisches Pils. Die ganze Halbinsel Eiderstedt bietet ein Küsten-Panorama wie aus dem Bilderbuch.

VON PHILIPP WOLDIN

## Wenn Klimaschutz gegen Naturschutz steht

Die Nordsee-Halbinsel Eiderstedt, eine Region mit grasenden Kühen und roten Leuchttürmen, ist ein Touristenmagnet. Doch jetzt könnten große Windparks die Idylle stören. Kritiker fürchten einen Wildwuchs an Anlagen, eine umstrittene Gesetzesänderung verschärft die Lage

„Wir sind hier so etwas wie das letzte gallische Dorf“, sagt Palm und zeigt in die andere Richtung. Dort im Norden des Landkreises Dithmarschen türmen sich große Windparks auf, dazwischen ragen Stromleitungen aus den Feldern, Zulieferbetriebe haben sich im Schatten der Rotoren angesiedelt. Die Industrie folgt dem Strom, bald entsteht bei der Stadt Heide wohl eine riesige Batteriezellenfabrik für Elektroautos.

Für Rainer Palm und seine Mitstreiter von der Bürgerinitiative „Zukunft Eiderstedt“ klingt das wie eine düstere Zukunftsvision. Noch ist ihr Streifen Land mit dem beliebten Ferienort Sankt Peter-Ording einer der wenigen fast windradfreien Zonen an der Nordseeküste. Doch eine neue Gesetzesänderung aus dem Bundeswirtschaftsministerium gibt einzelnen Gemeinden künftig mehr Gestaltungsspielraum beim Bau von Windkraftanlagen. Kritiker fürchten nun einen Wildwuchs an Rädern, einen Wettbewerb um Gewerbesteuern – mit großen Auswirkungen für Natur und Landschaft. Denn auch in Eiderstedt planen Landbesitzer, Investoren und politisch Verantwortliche seit verganginem Jahr große Windkraftlandschaften.

Die Energietransformation führt in ganz Deutschland zu neuer gesellschaftlicher Reibung: Klimaschutz gegen Naturschutz. Neue Infrastruktur gegen den Erhalt der ländlichen Landschaft. In Eiderstedt, einer Gegend mit etwas mehr als 11.000 Einwohnern, lassen sich diese neuen Konfliktlinien besichtigen.

„Das Land hier ist geprägt von Schutz- und Brutgebieten und großer

Naturnähe, Windräder und große Fotovoltaikanlagen machen hier schlicht keinen Sinn“, sagt Palm, ein pensionierter Ingenieur und Lehrer mit weißem Bart. Seine Gruppe von zwei Dutzend Aktivisten trommelt seit Monaten gegen die geplanten Windanlagen, schaltet Anzeigen in den lokalen Blättern, startet Petitionen und mischt Gemeindefestungen auf.

Sie sehen sich als Bewahrer einer schützenswerten Landschaft: Die Windräder passen aus ihrer Sicht nicht zu den Flugkorridoren der Millionen von Zugvögeln zwischen dem angrenzenden Nationalpark Wattenmeer und der Ostsee. Und sie würden der ursprünglichen, historischen Landschaft schaden, die so viele Touristen anzieht. Allein Sankt Peter-Ording zählt 2,75 Millionen Übernachtungen pro Jahr.

Vom Deich aus rumpelt Rainer Palm mit seinem Wagen an den Feldern entlang, bis er an einer der wenigen Windkraftflächen der Halbinsel angekommen ist. Hier stehen neun Räder, doch keines dreht sich an diesem windigen Tag. „Das ist doch bezeichnend für die Situation“, sagt der 74-Jährige. „Der lokale Netzbetreiber kann die Mengen an Strom schon jetzt oft nicht aufnehmen, ohne das Netz zu überlasten. Auch deshalb stehen die Räder oft still.“

Überhaupt fehle es in Eiderstedt, anders als in der Windradhochburg Dithmarschen, grundsätzlich an einer Anschlussleitung, diese müsste erst noch für mehr als 100 Millionen Euro gebaut werden. „Wir sind für Klimaschutz. Doch eine Energiewende ohne Rücksicht auf die Natur, die Landschaft und die Bevölkerung kann nicht gelingen. Hier wird die schützenswerte Landschaft sinnlos geopfert.“

Die Nordländer machen Tempo beim Ausbau der Windkraft, das schwarzgrün regierte Schleswig-Holstein etwa will statt bislang zwei Prozent künftig etwa drei Prozent der Landesfläche für Windenergie bereitstellen. Wo die Windräder sich im Land drehen, das regelt ein mühsam ausgearbeiteter Regionalplan, der Abstandsgebote und Umweltauflagen berücksichtigt. Doch im Juli brachte das von Robert Habeck (Grüne) geführte Bundeswirtschaftsministerium Änderungen am umstrittenen „LNG-Beschleunigungsgesetz“ auf den Weg, Bundestag und Bundesrat

billigten diese. Ein Teil der Anpassungen betrifft auch einen wenig beachteten Passus im Baugesetzbuch: Alle Gemeinden haben ab 2024 bei der Planung von Windparks freie Hand – auch wenn die Regionalpläne des jeweiligen Bundeslandes dort gar keine Windkraftanlagen vorsehen.

Länder wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein reagierten säuerlich, der grüne Landesumweltminister in Schleswig-Holstein, Tobias Goldschmidt, sprach von womöglich „kollidierenden“ Planungen und einer Situation, die den Ausbau erneuerbarer Energien im Ergebnis „gefährden statt befördern“ könnte. Landesinnenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU), zuständig für die Regionalplanung, sag-

te auch für uns.“ Er läuft an seinen Ackerflächen vorbei und zählt auf: Naturschutz, Vogelschutz, mindestens 450 Meter Abstand zu Häusern – das lässt wohl nur Platz für 20 bis 40 Anlagen auf der Halbinsel. Erste Verträge mit interessierten Landwirten und Pächtern sind schon unterschrieben, sagt Rabeler. Auch wenn es noch ein jahrelanger Weg bis zum ersten Windrad wäre.

Sein Plan ist, dass auch Bürger der Gemeinden finanziell in die Windparks investieren können. Der Landwirt sieht die Sache so: „In Zukunft werden wir als Gesellschaft deutlich mehr Strom brauchen, und hier an der Küste sind die Bedingungen optimal. Warum sollen wir diese Projekte großen Konzernen überlassen, wenn wir die Dinge vor Ort auch selbst anpacken können?“ Neue Anschlussleitungen und bisher fehlende Infrastruktur – all die Punkte, die Rainer Palms Bürgerinitiative bemängelt, hält der Unternehmer in der nahen Energiezukunft sowieso für unausweichlich. „Ein Windrad verbaut doch auch niemandem die Sicht“, findet Rabeler. „Wir haben hier so viel Platz, dann dreht man sich einfach um und schaut in die andere Richtung.“

Nun versucht die Unternehmergruppe die Gemeinden für ihre Pläne zu gewinnen. Viele reagieren noch eher zögerlich. Jürgen Ritter, als Kandidat der Allgemeinen Wählergemeinschaft (AWG) seit 2021 Bürgermeister der Touristenhochburg Sankt Peter-Ording, spricht von einer „positiven Haltung gegenüber der Idee einer autarken Energieversorgung aus regional erzeugter Energie“, es gebe aber noch keinen Beschluss dazu.

Die Diskussion zum Thema Windkraftanlagen auf Eiderstedt sei „sehr emotional besetzt“, schreibt das Amt Eiderstedt, die oberste Verwaltungseinheit der Halbinsel, auf Anfrage. Es werde wohl nicht ohne Konflikte gehen. „Wichtig ist aber, dass der Beitrag Eiderstedts auch für die Energiewende sinnvoll ist.“ Vom 13. bis 14. Oktober soll nun ein Klimaworkshop die Fronten beruhigen. Neben Vertretern aus Politik und Verwaltung werden dort auch Kritiker und Befürworter der Windanlagen in Eiderstedt wieder aufeinandertreffen. Es wird nicht das letzte Mal sein.

”

HIER WIRD DIE SCHÜTZENSWERTE LANDSCHAFT SINNLICH GEOPFERT

RAINER PALM  
Bürgerinitiative „Zukunft Eiderstedt“

te WELT: „Unser Ziel als Landesregierung ist es weiterhin, den Windkraftausbau mithilfe von Regionalplänen gesteuert und zügig voranzubringen zu können.“ Auch Windenergieplanungen von Gemeinden müssten sich mit Schutzbelangen auseinandersetzen.

Jan Rabeler versucht schon seit 1991, Windkraft in Eiderstedt anzusiedeln, damals machte ihm noch der vom Austerben bedrohte Sandregenpfeifer einen Strich durch die Rechnung. Die Vision blieb, seit verganginem Jahr geht Rabeler als Geschäftsführer der „Eiderstedter Bürgerenergie“ gemeinsam mit anderen Gesellschaftern auf die Suche nach Flächen für Windparks.

Der 53-Jährige empfängt auf seinem Hof, in einer der Hallen rumort eine Biogasanlage, hinter einer Tür weiter ruhen schwere Landmaschinen. „Wir wollen unsere Heimat nicht zubauen“, sagt der Landwirt. „Die Regeln gelten